Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

64. Sitzung
17. Dezember 2025

Beginn: 09.34 Uhr
Schluss: 12.18 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich begrüße besonders den Regierenden Bürgermeister in unserer Runde, den Staatssekretär Herrn Hauer, die Damen und Herren Abgeordneten sowie die Damen und Herren Zuschauer in dem Raum. Dann beginnen wir auch gleich mit dem

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Arbeitsschwerpunkte des MPK Ost-Vorsitzes von Berlin** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0223 BuEuMe

Wir würden das so machen, dass wir uns die Begründung der einzelnen Fraktionen anhören. Dann würde ich dem Regierenden Bürgermeister das Wort geben, damit er sein Programm darstellen kann. Und dann kommen wir in eine Diskussion dazu. Es gibt die Frage, ob wir ein Wortprotokoll machen. – Das ist eigentlich immer ganz schön. – Gut. Dann machen wir es so. – Dann starten wir jetzt, und es gibt die Gelegenheit zur Begründung. Wer möchte das von den einreichenden Fraktionen machen? – Es gibt scheinbar keinen Bedarf dazu. Wir müssen das auch nicht machen. Wir können auch sagen, das ist selbsterklärend, und wir legen gleich mit dem Regierenden Bürgermeister los. Ich sehe dazu Einverständnis. – Gut, Herr Wegener, dann haben Sie jetzt das Wort. Bitte!

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl): Also, die Stimmung ist schon mal gut hier im Ausschuss, das freut mich. Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal herzlichen Dank für die Einladung, für die Möglichkeit, über die Ost-MPK zu sprechen. Es tut mir sehr leid, dass ich den Termin noch mal verschieben musste. Der Wunsch war, dass wir das schon ein bisschen eher machen, aber heute klappt es ganz gut. Ich freue mich sehr, hier zu sein. Seit dem 1. Dezember hat Berlin den Vorsitz von Thüringen in der Ost-Ministerpräsidentenkonferenz übernommen. Ich freue mich darauf wahnsinnig, muss ich Ihnen sagen, weil ich spüre, dass es vielleicht wichtiger denn je ist, dass die ostdeutschen Länder gemeinsam ihre Interessen vertreten. Ich habe das insbesondere noch mal gemerkt bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz in Mainz, wo die großen westdeutschen Bundesländer sehr stark ihre Interessen vertreten haben, was total legitim ist. Aber die ostdeutschen Länder sind halt kleiner als die großen westdeutschen Länder. Umso wichtiger ist es, dass wir hier gemeinsam an einem Strang ziehen. Das haben wir auch in der letzten Ost-MPK gemeinsam so festgehalten, die in Brüssel stattfand. Wir haben uns auch darauf verständigt, dass wir die vertrauensvolle Arbeit, die wir unter den Ost-Ministerpräsidentinnen und Ost-Ministerpräsidenten haben, weiter ausbauen wollen.

Wir haben uns schon ein paar Gedanken gemacht. Die will ich hier auch gerne vortragen und mit Ihnen teilen und auch diskutieren. Ich will Ihnen aber auch sagen, dass am kommenden Freitag am Rande des Bundesrats ein Mittagessen auf meine Einladung mit den ostdeutschen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten stattfindet, um hier auch noch mal zu hören, wo es spezifische Interessen aus deren Sicht gibt, damit diese gemeinsamen Interessen gebündelt werden. Häufig sind das nicht nur Interessen, die Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen oder Sachsen betreffen, sondern in der Regel den gesamten ostdeutschen Raum. Da müssen wir gemeinsam darauf achten.

Ostdeutsche Perspektiven in die Bundespolitik einzubringen, genau darum wird es gehen, gerade in diesen Zeiten der einmal mehr tiefgreifenden Veränderungen. Das spüren wir alle. Ich glaube, auch im kommenden Jahr wird ein Reformprozess auch der Bundesregierung eintreten, der an niemandem vorbei gehen wird. Gerade wenn es um Transformationsprozesse geht, glaube ich, kann man auch auf die Erfahrungen der Ostdeutschen zählen. Wir haben 35 Jahre deutsche Einheit gefeiert, und von den Brüchen, die wir gerade in Ostdeutschland und auch im Ostteil unserer Stadt erlebt haben, kann man viel lernen. Genau das ist der Punkt, dass diese Transformation nur gelingen kann in ganz Deutschland, die uns bevorsteht, wenn wir auch auf die Erfahrung der Ostdeutschen setzen und die Erfahrung auch in den Blick nehmen und daraus auch lernen. Deswegen wird es genau auch auf Ostdeutschland ankommen bei diesem ganzen Transformationsprozess. Hier wollen wir uns auch gemeinsam mit einbringen.

Was werden die Themenschwerpunkte sein? Die werden gar nicht so stark anders sein als die Themenschwerpunkte, die Thüringen gesetzt hat. Ich glaube, ein entscheidender Themenschwerpunkt muss weiterhin das Thema Infrastruktur sein. Wir haben nicht unmaßgeblich auch durch das Bundesland Berlin forciert, die Möglichkeiten, was die Lockerung der Schuldenbremse angeht, für die Länder erreicht. Aber wir haben vor allen Dingen das Sondervermögen Infrastruktur. Dieses Sondervermögen Infrastruktur darf nicht nur in den großen westdeutschen Ländern ankommen und schnell ankommen, sondern es muss auch in den neuen Bundesländern ankommen. Hier haben wir ein paar Punkte, die wir vor allen Dingen mit Brandenburg teilen, aber ehrlicherweise mittlerweile auch wirklich mit allen ostdeutschen

Ländern. Ich nehme da natürlich das Thema Flughafen, unseren BER. Sie kennen das, wenn acht Interkontinentalverbindungen von ostdeutschen Flughäfen am Tag in die Welt gehen, aber über 220 von westdeutschen Flughäfen und das 35 Jahre nach der deutschen Einheit, da sieht man, dass das so nicht richtig sein kann und nicht so richtig auch gerecht ist für eine wirtschaftliche Entwicklung. Hier haben wir die Unterstützung von Mecklenburg-Vorpommern bis Sachsen. Ganz klar, es geht nicht nur um die Metropolregion Berlin-Brandenburg, sondern um ganz Ostdeutschland. Und hier werben und kämpfen wir auch weiter mit der Bundesregierung und diskutieren mit der Bundesregierung und hoffen, auch hier eine bessere Unterstützung für ganz Ostdeutschland zu bekommen.

Wir haben das zweite Thema, was, glaube ich, nicht nur Berlin betrifft. Sie alle kennen die Brückensituation in unserer Stadt. Das ist eine Brückensituation, die in allen Ländern durchaus schwierig ist, auch in den neuen Ländern. Da müssen wir schauen, wie wir da vom Sondervermögen Infrastruktur profitieren. Aber, das ist natürlich ein ganz wichtiger Punkt, auch die Schiene muss davon profitieren. Sie wissen, seit vielen Jahren kämpft Brandenburg – ich weiß gar nicht, wie lange Berlin auch schon an der Seite von Brandenburg kämpft, jetzt auf jeden Fall, aber ich gehe davon aus, früher auch – dass wir die Ostbahn Richtung Polen ertüchtigen. Ich glaube, es ist wahnsinnig wichtig, eine bessere Verbindung hinzubekommen. Polen ist ein wichtiger Partner für Deutschland. Wir sind als ostdeutsche Länder direkte Nachbarn, auch zu Polen. Polen ist der viertwichtigste Handelspartner, auch mittlerweile für Berlin. Aber wir sind der direkte Nachbar, und ich glaube, da kann auch Berlin noch mal eine stärkere Funktion übernehmen als Brücke Richtung Osteuropa, und das natürlich mit den Partnern in den neuen Ländern. Das ist eine Chance. Aber dafür müssen wir die Schieneninfrastruktur ertüchtigen, und deswegen haben wir die Möglichkeiten, über das Sondervermögen zu kommen. Aber ich erwarte, wir erwarten das – das darf ich für Dietmar Woidke auch sagen –, dass die Ostbahn in der Prioritätenliste endlich nach oben kommt, damit es wirklich schneller geht.

Beim Thema Beschleunigung sind wir gleich beim nächsten Thema, wenn wir über das Sondervermögen sprechen. Wir haben jetzt die finanziellen Möglichkeiten des Bundes. Wir müssen schauen, dass sie in Ostdeutschland auch ankommen. Aber wir müssen vor allen Dingen Tempo gewinnen. Da haben wir gemeinsam mit Brandenburg schon eine Initiative im Bundesrat geschafft. Berlin und Brandenburg haben da ein Beschleunigungsgesetz eingebracht. Wir erwarten jetzt auch, dass der Bund hier für Beschleunigung sorgt. Den Prozess werden wir sehr konstruktiv begleiten, damit wir die Möglichkeiten des Sondervermögens auch möglichst schnell in die Brücken, in die Schienen, in die Köpfe der Menschen hineinbringen können.

Ein zweiter Punkt neben dem Thema Infrastruktur ist das Thema Wissenschaft und Forschung. Hier hat sich Ostdeutschland in den letzten Jahren, nicht nur Berlin, sondern auch die anderen Bundesländer, wo ich gerade auch an Thüringen denke, eingebracht. Im Bereich Wissenschaft und Forschung ist extrem viel passiert, gerade im Bereich Luft- und Raumfahrttechnologie. Wir müssen ein bisschen aufpassen – da sind wir uns auch einig mit allen ostdeutschen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten–, dass nicht alle Mittel jetzt durch eine günstige Konstellation nach Bayern fließen. Wir müssen schauen, dass auch die neuen Bundesländer genau davon profitieren, weil das auch wieder etwas für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern machen würde. Deswegen müssen wir Leuchtturmprojekte, so haben wir es genau genannt, identifizieren, für die wir gemeinsam eintreten, ob in Ber-

lin, Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. In allen ostdeutschen Ländern wollen wir Leuchtturmprojekte identifizieren, die wir dann auch gemeinsam gegenüber dem Bund vertreten. Auch das ist, glaube ich, wichtig.

In diesem Zusammenhang – das Thema kennen Sie – ist das Thema ILA natürlich auch ein wichtiges Projekt, nicht nur für den Messestandort Berlin, nicht nur für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, sondern für ganz Ostdeutschland. Wir werben sehr dafür und arbeiten sehr dafür und sind mittlerweile auch sehr guter Dinge – nachdem es kurzzeitig zu Irritationen kam, was da vielleicht in Niedersachsen geplant werden könnte –, dass die ILA langfristig eine starke, eine Leitmesse bleibt in Ostdeutschland und damit natürlich auch hier am BER in der Hauptstadtregion. Aber ein gutes Gefühl reicht noch nicht, sondern wir müssen weiter gemeinsam dafür einstehen. Und das tun wir auch.

Das Thema Polen habe ich schon angesprochen, die Bedeutung von Polen als unseren direkten Nachbarn. Wir feiern in diesem Jahr zum 35. Mal die Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages mit Polen, und wir werden auch im Rahmen der Ost-MPK, die im März in Berlin stattfinden wird, Polen als Schwerpunkt nehmen. Wir werden auch schauen, wie wir dort gemeinsam mit Polen vorangehen können. Ich glaube, das ist wichtig für die Sicherheit in unserer Region gemeinsam mit Polen, aber es ist auch für eine wirtschaftliche Entwicklung und für die Nachbarschaftsbeziehung wichtig. Deswegen sind wir im engen Austausch auch mit der polnischen Botschaft. Wir werden schauen, wie wir das noch stärker untermauern können. Das ist ein Interesse, kann ich Ihnen sagen, das nicht nur Berlin und Brandenburg haben, sondern tatsächlich alle ostdeutschen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten.

35 Jahre deutsche Einheit, das habe ich schon erwähnt. Was ich noch wichtig finde, und da müssen wir schauen, wie wir da weiterkommen, ist, wie wir eine gute Erinnerungskultur auch bewahren, wie wir das Thema Freiheit gerade in diesen Zeiten noch mal als Schwerpunkt setzen können, die Werte von Freiheit und Demokratie. Wir leben alle in bewegten Zeiten. Das spüren wir alle, das merken wir alle. Das sehen wir auch, wenn ich das Vertrauen in demokratische Parteien, demokratische Institutionen sehe, Umfragewerte sehe. Ich glaube, hier an unsere Geschichte zu erinnern, 35 Jahre nach der Deutschen Einheit, 36 Jahre nach dem Mauerfall, bleibt eine wichtige Aufgabe, was auch viele Menschen in Deutschland übrigens erwarten, wie Umfragen bestätigen. Ich glaube, dass eine Art Freiheitsausstellung, so will ich es mal nennen, im Humboldtforum, was ja auch von den Koalitionsfraktionen hier im Haus begrüßt und unterstützt wird, ein enormes Potenzial gerade in diesen Zeiten hat. Hier möchte ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen Ministerpräsidenten auch darüber sprechen, ob wir das nicht auch als gemeinsames Projekt sehen können, wie wir vielleicht im Humboldtforum genau so eine Freiheitsausstellung etablieren können.

Letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, und das wird Sie wahrscheinlich nicht wundern, ist das Thema der Chancen einer Olympiabewerbung für die gesamte Region Ostdeutschland. Sie wissen, wir treten mit einem Konzept „Berlin+“ an. Wir wollen von Mecklenburg-Vorpommern bis Sachsen die Spiele nach Deutschland holen mit der Host City Berlin. Aber wir wollen, dass der ganze ostdeutsche Raum davon profitiert, von Investitionen in Infrastruktur, von wirtschaftlicher Entwicklung, von vielem mehr. Hier haben wir auch die Unterstützung aller ostdeutschen Bundesländer. Ich glaube, auch das könnte einmal mehr dazu führen, dass wir gerade in diesen Zeiten, wo wir viel zu viel Spaltung, viel zu viel Hass, Hetze erleben, ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen können, einen Zusammenhalt erzeugen, wie wir ihn

auch in Paris erlebt haben. Das würde ich mir für Berlin, aber ehrlicherweise für ganz Ostdeutschland wünschen und damit auch für ganz Deutschland. Ich glaube, da bietet unser Konzept „Berlin+“ eine gute Grundlage. Es gibt die Unterstützung aller ostdeutschen Länder. Daran werden wir aber auch festhalten, auch in der Jahres MPK der ostdeutschen Bundesländer.

Zur Terminübersicht: Freitag, das habe ich Ihnen gesagt, treffe ich mich mit den ostdeutschen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, um hier noch mal zu erfahren, wo Themenschwerpunkte sind. Ich erahne, dass gerade Sachsen und Brandenburg das Thema Wasser noch mal thematisieren werden. Das ist ein Thema, das auch schon lange die Landespolitik beschäftigt. Was passiert mit der Spree? Die fließt nicht nur in Berlin. Hier gibt es viele Interessen, die wir gemeinsam gegenüber dem Bund vertreten sollten. Das Thema Wasser wird mit Sicherheit auch eine große Rolle in dem kommenden Jahr spielen, wo ich hoffe, dass wir eine nachhaltige Lösung tatsächlich finden für die Hauptstadtregion, aber letztlich auch für Sachsen und auch für alle ostdeutschen Bundesländer.

Die Hauptkonferenz der ostdeutschen Ministerpräsidenten wird vom 25. März bis 26. März in Berlin stattfinden. Der Bundeskanzler hat sich angekündigt, aber natürlich auch die Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Elisabeth Kaiser. Die Konferenz wird im Roten Rathaus stattfinden. Wir werden einige Programmpunkte haben, aller Voraussicht nach auch im Humboldtforum und auch in der polnischen Botschaft. Wir werden am 11. Juni eine Sonderkonferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf der ILA haben, wo wir auch noch mal das Thema Wissenschaft und Forschung in Gänze ansprechen wollen. Und wir werden kleine Sonderformate finden mit den Bundesländern, wo natürlich auch immer Berliner Interessen, Hauptstadt-, Metropolregioninteressen vertreten und gedeckt sein werden, aber die zu verbinden mit ganz Ostdeutschland. Ich will das noch mal sagen: Ich glaube, die Interessen Ostdeutschlands können wir nur gemeinsam vertreten, Berlin mit allen neuen Ländern, mit allen ostdeutschen Ländern. Das wird nicht ganz einfach, weil die Egoismen mancher Bundesländer schon teilweise überraschend sind, um das zurückhaltend zu sagen, insbesondere auch 35 Jahre nach der deutschen Einheit. Deswegen ist es jetzt so wichtig, auch die Interessen Ostdeutschlands zu vertreten und die zu verbinden dann für ganz Deutschland. So verstehe ich die Rolle jetzt als Vorsitzender der Ost-MPK. Aber ich weiß, dass alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten das genauso sehen. Deswegen, glaube ich, wird es ein erfolgreiches Jahr für Ostdeutschland und damit auch für die Metropolregion Berlin Brandenburg.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Jetzt habe ich hier schon ein paar Wortmeldungen, und es geht los mit Herrn Dr. King, dem fraktionslosen Abgeordneten.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister! Die gemeinsamen Interessen Ostdeutschlands: Ich glaube, das, was die meisten Menschen in Ostdeutschland zurzeit am meisten interessiert, haben Sie jetzt gar nicht angesprochen, oder nur so ganz nonchalant am Anfang. Das ist die massive drohende Deindustrialisierung in den ostdeutschen Ländern. Insbesondere denke ich da an die Chemieindustrie. Am Anfang der Woche hat der Chemiegipfel in Sachsen-Anhalt stattgefunden, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, und massiv Alarm geschlagen. Das ist ein großes Thema in Sachsen-Anhalt und auch in Brandenburg und sollte eigentlich auch ein Thema in Berlin sein, denn wir sind ja auch Chemie-Industriestandort, und da gibt es massive Probleme, insbesondere natürlich im Zusammenhang mit den nicht wettbewerbsfähigen Energiepreisen und

natürlich auch mit Entwicklungen auf den internationalen Märkten. Mich würde schon mal interessieren, wie Sie diesen Schwerpunkt zwischen mit den anderen ostdeutschen Ministerpräsidenten bearbeiten wollen, vielleicht ein bisschen konkreter. Sie haben jetzt nur von Umbrüchen gesprochen. Ich finde, das ist jetzt ein bisschen schöngeredet. Ich finde, das ist eigentlich das aus meiner Sicht schwerwiegendste Problem, vor dem die ostdeutschen Länder gemeinsam auch stehen. Da haben sie auch wirklich gemeinsame Interessen, weil ähnliche, auch industrielle Veranlagungen vorhanden sind.

Dann wollte ich noch ein bisschen etwas Konkreteres nachfragen: Vor zwei Monaten haben die Ostministerpräsidenten einen Beschluss gefasst, das Wind-an-Land-Gesetz zu verändern, also nämlich Flächenziele abzuschaffen und stattdessen eher Leistungsziele bei der erneuerbaren Energie zu etablieren. Mich würde mal interessieren, was daraus geworden ist, denn wir haben in Berlin ein großes Interesse daran, dass das Wind-an-Land-Gesetz nicht so bleibt, wie es ist. Sie selbst haben sich schon für den Grunewald eingesetzt, dass da keine Windenergieanlagen hin sollen. Aber es gibt auch andere vorgesehene Standorte in Berlin, die höchst problematisch sind. Sie wissen das. Ich glaube, sie sehen das wahrscheinlich genauso wie ich. Aber was tun denn jetzt die Ost-Ministerpräsidenten mit diesem Beschluss, den sie vor zwei Monaten gefasst haben? Im Wirtschaftsausschuss haben wir neulich gehört, dass jetzt erst mal akzeptiert wird, dass die gesetzliche Grundlage halt so ist, wie sie ist. Aber das kann ja nicht der Weisheit letzter Schluss sein. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Es geht weiter mit Frau Dr. Kahlefeld von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dass der Bürgermeister hier ist, um nachzufragen: Um wessen Freiheit es denn bei dieser Freiheitsausstellung im Humboldtforum gehen soll? Also es soll wahrscheinlich nicht um die Visafreiheit von Menschen aus den ehemaligen Kolonien gehen. Geht es um die Versklavung in den Kolonien? Ich meine, das Humboldtforum ist nun ein besonderer Ort, um über Freiheit zu sprechen. Ich hatte hier auch die Gelegenheit nachzufragen, warum Sie in Namibia nicht an dem Denkmal gewesen sind. Also geht es vielleicht um die Freiheit von der Erinnerung, dass man sich da nicht mehr damit beschäftigen muss? Entschuldigen Sie, wenn ich etwas scharf frage, aber unter Freiheit im Humboldtforum kann ich mir für 19,8 Millionen wenig vorstellen.

Vorsitzender Andreas Otto: Es geht weiter mit Herrn Schulz für die SPD Fraktion.

Mathias Schulz (SPD) Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Danke auch an Herrn Regierenden Bürgermeister! Ich würde zwei Aspekte fragen, inwiefern das eine Rolle spielt bei der MPK, auf die Sie jetzt noch nicht so eingegangen sind. Es waren ja ganz viele Themen dabei, von Infrastruktur und dergleichen mehr. Das ist natürlich für Berlin gerade auch sehr relevant, gerade die Verkehrsbeziehungen in Richtung der polnischen Grenze. Relevant sind natürlich aber auch die verkehrlichen Beziehungen mit Brandenburg, also die Stadt-/Umlandbeziehungen, die tatsächlich auch bei uns sehr ausbaufähig sind. Damit ist Berlin nicht alleinstehend, sondern es trifft auch andere größere ostdeutsche Städte wie Leipzig oder Dresden, die große verkehrliche Herausforderungen haben, ihre Umlandbeziehungen zu organisieren und da auch zu einer Mobilität und Verkehrswende beizutragen. Wird das Thema der Ost-MPK sein? Ich glaube, da ist sicherlich ein wichtiger Fokus draufzulegen, auch bei der

Belegung der Sondervermögens bei der Infrastruktur. Berlin hat nun mal die besondere Rolle, sozusagen ein Bundesland und eine Kommune zu sein. Das schürt vielleicht auch ein bisschen Solidarität mit größeren Städten und Kommunen im Osten der Republik.

Der zweite Punkt, an dem Berlin sicherlich noch einmal als auch höchst betroffene Stadt natürlich ein Thema setzen kann und auch sollte innerhalb der Ost-MPK, was ich mir zumindest wünschen würde, wäre das ganze Thema Mieten und Wohnen noch mal Richtung Bund zu spielen. Das trifft Berlin nun neben anderem also natürlich sehr stark. Aber auch andere Städte im Osten der Republik sind von dem Auseinanderklaffen von Einkommensanstieg und Mietpreisanstieg betroffen. Deswegen wären das noch ein Thema, was ich wichtig fände, was die Ost-MPK weiterhin bzw. auch stärker bespielen sollte, nach meiner Auffassung. Wenn man sich auch die letzten – – Es wird hier viel darüber gesprochen, was sich die Menschen in Ostdeutschland wünschen und was sozusagen das ist, was sie umtreibt; man kann sich allerlei Studien und Umfragelagen irgendwie heraussuchen. Ganz stark ist natürlich das Thema: Wie entwickeln sich meine Lebenshaltungskosten und klafft das, was ich mit meinem eigenen Einkommen verdienen kann, mit dem, was ich mir davon leisten kann, immer weiter auseinander? Da sind natürlich gerade die Mietbelastungsfragen und Energiekosten ein riesiges Thema. Deswegen brauchen wir da, glaube ich, noch mehr Druck auch in Richtung des Bundes, der beim Mietpreis usw. dort momentan die Hand drauf hat. Es gibt da sicherlich viele Kommissionen, aber ich glaube, die müssen auch zu einem Ergebnis kommen, was am Ende auch den Berlinerinnen und Berlinern irgendwie hilft. Das wäre sicherlich ein Punkt, wo ich dafür werben würde, das noch stärker auch über die Ost-MPK an den Bund zu spielen. – Danke schön!

Andreas Otto (GRÜNE) Jetzt bin ich an der Reihe für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und will ein paar Themen kurz anreißen. Das erste: Herr Regierender Bürgermeister! Wir haben in den ostdeutschen Bundesländern – Berlin ist da vielleicht eine kleine Ausnahme – die Perspektive Überalterung der Bevölkerung, fehlende Fachkräfte im Prinzip in allen Bereichen von Pflege bis Handwerk. Sind das Themen, die da besprochen werden? Es gibt unterschiedliche Methoden oder Denkansätze, wie man sich dem nähern kann. Was ist mit Zuwanderung, was ist mit attraktiver machen Ostdeutschlands? Ist das ein Thema? Was haben Sie da vor?

Das zweite Thema kam jetzt bei Herrn Schulz schon vor: Thema Wohnungsmarkt, Strukturen. Wir haben strukturschwache Regionen in Ostdeutschland. In Potsdam brummt es, in Frankfurt/Oder werden Häuser abgerissen. In Magdeburg, eine Landeshauptstadt, in Halle stehen Tausende Wohnungen leer. Auf Leipzig und Dresden gibt es einen riesigen Run. Das sind Städte mit Wirtschaft, Universitäten.

In Riesa oder Döbeln steht sehr viel leer. Wie diskutiert die Ost-MPK denn diese Themen? Eine Methode ist zu sagen, die Leute sollen sich lieber in den Großstädten ansiedeln, und in den kleineren Städten passiert nichts mehr, oder man sagt: Wir wollen die Verkehrsverbindungen zum Beispiel verbessern, dann kann man auch in Frankfurt/Oder leben und in Berlin arbeiten. Ist das ein Thema? Wie wird so etwas diskutiert? Welche Rezepte will die Ost-MPK für die nächsten Jahre erarbeiten?

Zu diesem anderen Thema, das Herr Dr. King angesprochen hat, mit den Windanlagen: Das ist eigentlich ein schönes Ost-West-Thema. Berlin ist immer so ein bisschen ein Brennglas, so ein Modell für die gesamte Bundesrepublik, weil wir hier Ost/West auf sehr kurzer Fläche leben. Die Windanlagen in Berlin stehen alle im Ostteil. Dann kommt der Regierende Bürgermeister und sagt, im Grunewald nicht. Aber wo dann? In Spandau zum Beispiel gibt es vorgeschlagene Standorte. Kommt da so etwas? Machen Sie Ost-West-Gerechtigkeit in Berlin beim Wind? Das wäre ein schönes Thema.

Die letzte Frage, die ich stellen möchte: Sie kennen die anderen Ministerpräsidenten. Was sind die Erwartungen der anderen an Berlin? Berlin hat eine besondere Rolle. Wir sind relativ groß, die Wirtschaft läuft besser als in manchen anderen ostdeutschen Bundesländern. Was sind die Erwartungen an uns? Sie sind als jetziger Vorsitzender dieser Konferenz in der Lage, einerseits etwas moderieren zu müssen, andererseits aber auch ein Interessenvertreter für Berlin, der auf die anderen Rücksicht nehmen muss, sie vielleicht auch nicht überfordern will oder möglicherweise auch mit Herausforderungen konfrontiert wird, die wir in Berlin bisher gar nicht kannten. Was sind die Anforderungen der anderen? Was kann man darüber sagen? – Damit bin ich durch.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich bin wieder Vorsitzender und nehme Herrn Dr. Bronson für die AfD-Fraktion dran. – Bitte!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Viele von den Fragen, die ich stellen wollte, sind bereits gestellt worden. Es geht natürlich um die großen Unterschiedlichkeiten zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland. Es beginnt mit den Renten, die verschieden bemessen sind, es geht um das Mediangehalt, das, wenn die Zahlen richtig sind, 2 600 bis 2 800 Euro im Osten der Republik und in Süddeutschland 4 400 bis 5 200 Euro sind. Die Liste über die gravierenden Unterschiede ließe sich fast beliebig verlängern, beispielhaft Lutherstadt Eisleben in Sachsen-Anhalt: Kaum Besucher, 16 Uhr schließen die Geschäfte, obwohl es eine gute Lage im Mansfelder Land hat. Aber man rechnet damit, dass weitere 20 Prozent der Bevölkerung die Stadt verlassen. Meine Frage an Sie: Es gibt einen Ostbeauftragten. Wann gibt es endlich auch einen Westbeauftragten?

Vorsitzender Andreas Otto: So, jetzt haben wir Herrn Schatz für die Linksfraktion auf der Liste. – Bitte schön!

Carsten Schatz (LINKE): Schönen guten Morgen! Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Worterteilung! – Ich finde das eine ganz spannende Debatte, wenn jetzt hier über Ostdeutschland gesprochen wird und vorwiegend oft aus einer Perspektive, die keine ostdeutsche ist. Aber es ist schon mal ganz spannend, dass hier Renten und Einkommensunterschiede benannt werden. In der Tat haben wir die nach wie vor, aber das sind offensichtlich nicht die Arbeitsschwerpunkte der Ost-MPK, wie wir erfahren haben.

Ich nehme wahr, wenn ich auch die Pressemitteilung der Senatskanzlei lese, dass es im Prinzip faktisch eine Eventisierung von Politik gibt. Wir haben jetzt auch im Vortrag gehört: Es geht um die ILA, es geht um Olympia, aber von einer nachhaltigen Strukturpolitik, die sich die Infrastruktur in Ostdeutschland vornimmt, habe ich relativ wenig gehört. Ich sage mal, Herr Regierender Bürgermeister, wenn Sie die Hoffnung verbinden, dass Olympia die Infrastruktur verbessert, dann schaue ich einfach mal in das, was haushaltsmäßig im Land Berlin von Ihrem Senat abgerechnet wird, und sehe, dass wieder einmal die geplanten Investitionen nicht umgesetzt werden. Das scheint ein Zustand zu sein, der sich in dieser Stadt fortsetzt. Warum soll sich das denn ausgerechnet durch Olympia verändern? Die Frage stelle ich mir, und die stellen sich viele Berlinerinnen und Berliner. Deshalb haben die meisten Berlinerinnen und Berliner, glaube ich, eine ganz pragmatische Haltung zu diesen Luftschlössern, die uns gemalt werden.

Ähnlich ist es bei der ILA. Wir haben sicherlich gleiche Interessen, wenn es darum geht, mehr Interkontinentalverbindungen an den BER zu bringen, weil das ein Stück weit den überflüssigen Kurzstreckenverkehr reduzieren würde. Aber was die ILA und beispielsweise die verrückte Debatte angeht, die Ihre Verkehrssenatorin über eine dritte Start- und Landebahn am BER begonnen hat, das wird im Berliner Südosten sicherlich für großen Beifall sorgen. Da werden die Kollegen Sattelkau, Penn und andere sicherlich Beifall geklatscht haben, zu diesem Vorschlag, weil der, wie gesagt, dort ganz populär ist. Wenn wir uns anschauen, wie sich die Zahlen am BER entwickelt haben, ist das eine Debatte, die völlig aus der Luft gegriffen ist, das ist Fantasia. Ich werte das eher als einen Punkt, wo die Verkehrssenatorin versucht, davon abzulenken, dass die U-Bahn in Berlin nicht kommt, dann macht man lieber eine Debatte um eine dritte Start- und Landebahn, da steht man wenigstens in der Zeitung, mit dem anderen Thema möchte man das nicht so gerne.

Aber noch mal zur ILA, was mich interessieren würde, ist: Welche Schwerpunkte will der Senat oder wollen auch die anderen ostdeutschen Bundesländer dort legen? An der Stelle geht es auch um Spezialisierung. Was haben wir technologisch dort einzubringen? Was sind die technologischen Fortschritte, die dort für den Flugverkehr für die Zukunft gezeigt werden sollen? – Die ILA, diese Luftfahrtmesse, muss sich von den anderen großen Luftfahrtmessen Europas ein bisschen absetzen. Das wäre doch was. Gibt es Initiativen Ihrerseits? Auf der anderen Seite nehme ich auch wahr, dass beispielsweise in der Wissenschaftspolitik bestimmte Schwerpunkte, die wir hatten, die auch mit Clustern in Berlin zu tun haben, gekürzt worden sind, wichtige wissenschaftspolitische Schwerpunkte, die dazu beitragen, dass wirtschaftliche Entwicklung in Berlin stattfinden kann. Beispielsweise der gesamte Bereich Public Health entfällt in der Wissenschaftspolitik vollständig, da verstehe ich überhaupt nicht mehr, wie man dort zukünftig Schwerpunkte setzen will. Ansonsten war das jetzt für mich eher ein Tagesordnungspunkt, wo man mal erzählt, und bisher ist das für mich eher im Allgemeinen geblieben. Ich glaube in der Tat, wir müssen sehr konkret und sehr strukturiert über Schwerpunkte reden, wo Investitionen passieren sollen.

Wenn mir am Ende noch mal eine Bemerkung erlaubt ist: Ich teile auch dieses Ziel, dass wir bei der Windenergie zu Leistungszielen kommen müssen, denn die Debatten, die über diese Flächenziele ausgelöst worden sind, führen am Ende eher wieder dazu, dass es mehr Abwehr gegen die Energiewende gibt, als wir sie brauchen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Weiter geht es mit Herrn Omar. Herr Omar ist heute zusätzlich für Bündnis 90/Die Grünen da. Ich gehe aber davon aus, dass wir ihm das Wort erteilen. – Ich sehe keinen Widerspruch. – Bitte schön!

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – In der Tat bin ich heute zu Gast, um über einen anderen Punkt zu diskutieren, aber ich nutze die Gelegenheit, wenn der Regierende Bürgermeister berichtet, um zu fragen, ob es auch ein Thema war, dass Berlin und Brandenburg gemeinsam ein Ankunftszentrum planen, um GEAS umsetzen. Denn in den vergangenen Wochen gab es Berichterstattungen darüber, dass Berlin mit Brandenburg offensichtlich verhandelt, aber ohne das Abgeordnetenhaus in dieses Vorhaben einzubinden, dass zum Beispiel in Oranienburg ein Ankunftszentrum entstehen soll, weil man die humanitären Grundsätze bei Asylanträgen nicht gewährleisten will. In Berlin gibt es eine starke Zivilgesellschaft, es gibt sehr viele Träger und Vereine, die Geflüchtete unterstützen, und daher will man das von Berlin nach Brandenburg bringen. Können Sie jetzt bestätigen, ob so ein Vorhaben geplant ist oder ob das überhaupt ein Thema war?

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt haben wir Herrn Eschricht für die AfD-Fraktion. – Bitte!

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister, für Ihren Vortrag! Meine Frage bezieht sich auch auf das Freiheitsfest 35 Jahre nach der Wiedervereinigung, ein wenig anders als die Frage von der Kollegin von den Grünen, von Frau Kahlefeld. Ich weiß nicht, ob da die deutsche Sklavereigeschichte im Vordergrund stehen sollte, genauso wenig wie vielleicht das Schicksal der Kimbern und Ambronen. Meine Frage ist: Sie haben immer wieder angesprochen, wie viel Hass und Hetze es angeblich in Ostdeutschland gäbe und wie demokratische Institutionen und Parteien dort unter Druck stehen würden. Aber meinen Sie nicht, dass es auch Teil der Wertschätzung der ostdeutschen Wähler ist, dass man sagt: Hey, wir sehen, ihr wählt eine Partei, und ihr seid deutsche Staatsbürger, ihr trefft in freier, geheimer Wahl eine Wahlentscheidung und seid mit Anwürfen und Unterstellungen konfrontiert? – Die Strategie mit Hass und Hetze gegen Hass und Hetze wird sich wahrscheinlich langfristig nicht auszahlen.

Wenn man bedenkt, dass im Bundesamt für Verfassungsschutz zwei Drittel der Hausleitungen politische Karrieren angestrebt haben, mit Herrn Haldenwang in Wuppertal und Felor Badenberg hier in Berlin: Wie viel Glaubwürdigkeit hat denn ein Gutachten, das jenseits von Programmatik oder des Grundsatzprogramms einer Partei erstellt wird, und für das sich so viele Wähler entscheiden? In Ostdeutschland sieht es danach aus, dass wieder absolute Mehrheiten bei Landtagswahlen möglich sind, ein unerhörter Vorgang. Nach Hamburg und Bayern schien es eigentlich gar nicht mehr möglich. Meinen Sie nicht, dass man 35 Jahre nach der Wiedervereinigung Anerkennung für Wahlentscheidungen geben sollte und die Leute ihr politisches Schicksal frei von politischer Verleumdung wählen lassen sollte? – Vielen Dank!

Andreas Otto (GRÜNE): Als Nächsten haben wir Herrn Häntsch für die CDU-Fraktion. – Bitte schön!

Stefan Häntsch (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Auch danke, Herr Regierender Bürgermeister, für die Ausführungen und für Ihre Darlegungen, wie Ihre Perspektiven zukünftig sind! Insofern gestatten Sie mir zwei Bemerkungen und eine Frage!

Zuerst einmal eine Bemerkung: Ich halte die Ansätze des Regierenden Bürgermeisters, sich mit den ostdeutschen Bundesländern verstärkt auch um das Thema Olympiabewerbung zu kümmern, für ausgesprochen sinnvoll. Ich glaube, dass das die gesamte Region deutlich voranbringen kann und auch voranbringen wird, wenn das IOC seine Entscheidung zugunsten von Berlin fällen wird.

Auch noch mal kurz zu Ihnen, Herr Kollege Schatz: Dritte Landebahn BER, ja, selbstverständlich ist man erst mal überrascht, wenn man das liest. Aber wir wissen alle, es ist keine Sache, die von heute auf morgen kommt, sondern das ist einfach mal ein Denkprozess, der dort in Gang gesetzt wird. Wir wissen alle, dass die Region wachsen soll, und wir wissen alle, dass wir uns verstärkt auch weiterhin um den BER, auch wenn es um das Thema ILA geht, kümmern müssen. Insofern ist es einfach eine Frage der Perspektive, überhaupt mal über Dinge nachzudenken. Denkverbote halte ich nun für das Falsche in der Politik, insbesondere wenn man sieht, wie lange die Planungswege allein für den BER gewesen sind. Insofern ist es durchaus sinnvoll, einfach mal etwas in den Raum zu stellen und darüber zu reden.

Jetzt zu meiner Frage: Die Schwerpunkte der MPK-Ost lagen bei den wirtschaftlichen Standortfragen, darunter subsummiere ich auch immer das Thema Ansiedelungspolitik. Wir diskutieren gerade hier im Bund-Europa-Medien-Ausschuss dieses Thema häufiger, wenn es um Fragen zu Berlin und Brandenburg geht. Eine Sache, die ich dann auch immer wieder habe, ist das Thema, inwieweit es auch zu einer Kannibalisierung zwischen den Ostbundesländern kommt, wenn es um eine Ansiedelung geht. Wir wissen alle, dass aufgrund der geografischen Lage von Berlin, genau in der Mitte zu liegen und bevölkerungstechnisch eines der größten Bundesländer mit einem sehr großen, funktionierenden wirtschaftlichen Markt mittlerweile zu sein, es eine enorme Magnetwirkung auf andere hat. Bestehen eigentlich Besorgnisse seitens der anderen Ministerpräsidenten für ihre Bundesländer, dass Berlin dort zu viel an sich ziehen könnte? Müssen Sie da eher gegensteuern, oder ist es tatsächlich so, dass die anderen Ostbundesländer es eher wohlwollend sehen, weil sie sagen, dass sie davon profitieren, wenn Berlin diese Dinge hierher zieht? Denn wenn wir Ansiedelungen um Berlin herum haben, ist das natürlich für alle interessant, auch wenn Wirtschaft in Berlin entsteht. Es wohnen viele Leute im Umland, insofern ist das auch für andere Bundesländer interessant. Ist das daher ein eher entspanntes Verhältnis zwischen den Ostbundesländern, oder besteht eher immer eine gewisse Besorgnis, dass Berlin dort zu viel an sich zieht und eher die anderen Bundesländer dominieren würde? – Vielleicht können Sie das noch einmal kurz darlegen. So weit von mir. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Als Letzten auf der Redeliste habe ich Herrn Wesener für Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister! Ich will vielleicht mit dem einsteigen, was ich gut an Ihren Einlassungen fand. Das war, dass Sie ganz zu Anfang noch mal auf die, wenn man so will, Krise der repräsentativen und Parteiendemokratie und die großen Herausforderungen, die wir als demokratische Fraktionen und Parteien gemeinsam zu bestehen haben, hingewiesen haben. Da gibt es, glaube ich, einen ganz wichtigen Aspekt: Das hat etwas mit Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu tun, Vertrauen in politisches Handeln, Vertrauen in Verwaltungshandeln, aber natürlich auch die Glaubwürdigkeit dessen, was wir hier sagen, fordern und letzten Endes machen. Mit den Luftschlössern – Herr Schatz hat es angesprochen – habe ich auch ein Problem, weil ich glaube, dass wir uns da – da nehme ich keinen in diesem Raum aus – mitunter selbst das Le-

ben schwer machen, wenn wir die Messlatte allzu hoch legen. Darauf will ich jetzt gar nicht näher eingehen.

Ein noch größeres Problem habe ich damit, wenn man das eine sagt und das Gegenteil tut. Ich will das vielleicht an zwei konkreten Beispielen deutlich machen. Sie haben dankenswerterweise über die Relevanz der Mobilitätsfrage gesprochen, in Ostdeutschland insgesamt, aber auch in der Metropolregion. Sie haben die Verbindung zu Polen genannt. Ich unterschreibe das alles, umso mehr bedauere ich es, wenn dann letzten Endes, auch durch Ihre Politik, das Gegenteil passiert. Schauen Sie sich die Kürzungen bei i2030 an! Schauen Sie sich an, dass wir ab 1. Januar 2026, ich glaube, auf sieben Regionalexpresslinien eine Ausdünnung des Verkehrs haben, davon ist auch Berlin massiv betroffen, ich rede hier von Brandenburg. Das heißt, zurzeit fährt der Zug, um im Bild zu bleiben, genau in die entgegengesetzte Richtung, und Sie machen auch mit dem neuen Doppelhaushalt das Gegenteil von dem, was Sie hier zu Recht als gut und wichtig benannt haben. Das eine ist Politik, das andere – das wissen Sie, Herr Regierender Bürgermeister – hat etwas mit politischer Kultur, dem Geist der Kooperation, dem Umgang miteinander zu tun.

Da will ich schon noch mal an Herrn Schatz anknüpfen und das Thema dritte Landebahn ansprechen. Ich glaube, wir müssen jetzt die verkehrspolitische Debatte nicht führen, ich finde es auch völlig legitim, dass man unterschiedliche Einstellungen hat, aber Sie werden die Pressberichterstattungen heute gelesen haben, ich zitiere: „Diese Berliner Arroganz geht mir auf die Nerven.“ – Das sagt ein Brandenburger Spitzenpolitiker, ist nicht Ihre Partei, aber wenn ich die Presseberichterstattung richtig gelesen habe, kommen auch von Ihren Parteifreunden in Brandenburg kritische Töne. Ich glaube, wir alle wissen, dass es durchaus diese Rezeption von Berliner Politik gibt, im Land insgesamt, aber gerade auch in Ostdeutschland und gerade auch in Brandenburg. Da frage ich mich schon, ob das ein kluger Vorstoß des Senats war, denn hier wird definitiv Vertrauen und Glaubwürdigkeit kaputtgemacht, und zwar jetzt erst mal auf der Ebene von Regierungen beziehungsweise von Landtagen und der Politik in Berlin-Brandenburg.

Dann habe ich aber auch noch eine konkrete Frage. Sie können sich vorstellen, Herr Regierender Bürgermeister, mich interessiert auch das Humboldt Forum. Dementsprechend war ich auch etwas überrascht über – – Es ist letzten Endes erst mal ein Änderungsantrag zum Haushaltsplan, aus dem jetzt außer den Zahlen relativ wenig hervorgeht. Ich habe in dem Zusammenhang ein, zwei, drei, vier, fünf Fragen. Zum einen kennen Sie die Richtlinien Ihrer Regierungspolitik. Dort heißt es, das Land Berlin überprüft seine Beteiligung am Humboldt Forum. Ich habe in den vergangenen zwei Jahren im Fachausschuss schon mehrfach nachgefragt. Es hieß immer, diese Prüfung läuft. Mich würde jetzt natürlich interessieren, ob mit dieser Entscheidung des Parlaments und mit Ihren positiven Worten in punkto Freiheitsausstellung diese Prüfung erledigt ist und damit feststeht, dass sich das Land Berlin weiterhin am Humboldt Forum beteiligt.

Zum Zweiten, und das ist auch die zweite Frage, wurde mir immer von der Fachverwaltung gesagt, und das fand ich immer naheliegend: Herr Wesener, das klärt sich alles im Zusammenhang mit der Verhandlung über den neuen Hauptstadtfinanzierungsvertrag. – Sie wissen, der läuft 2027 aus. Ich sage hier mal ganz ungeschützt: Ich hätte es auch taktisch klug gefunden, diese Verhandlungen und die Ergebnisse erst mal abzuwarten, bevor man hier als Land Berlin schon bestimmte in diesem Fall kulturpolitische Entscheidungen in den Raum stellt.

Mich würde jetzt natürlich interessieren: Bleibt jetzt das Thema Humboldt Forum, die gemeinsame Finanzierung des Humboldt Forums, Berliner Anteil ausgeklammert? Ich glaube, wir hätten als Land ein doppeltes Interesse daran, sowohl im Hinblick auf die Haushaltslage als natürlich auch als Hauptstadt, im Hinblick auf das Humboldt Forum hier zu guten neuen Regelungen zu kommen, inklusive der Frage der Governance und nicht zuletzt der Finanzierung. Ist auch das jetzt perdu? Wird das Parlament mit dieser Entscheidung am kommenden Donnerstag auch dieses Thema da acta legen?

Dritte Frage: Sie wissen vermutlich besser als ich, dass offenbar die Idee und das Konzept, soweit man das überhaupt so nennen kann, der Freiheitsausstellung auf der Idee eines Forums Demokratie und Widerstand fußt. Das ist ein Konzept der Havemann-Gesellschaft, das im Kontext des Projekts „Campus für Demokratie“ entstanden ist. Sehen Sie mir das nach, ich lese jetzt ehrlich gesagt diesen Move als eine Beerdigung zweiter Klasse für das Vorhaben „Campus für Demokratie“. Vielleicht mögen Sie sich auch dazu verhalten. Ich glaube, es gehört auch dorthin, an den authentischen historischen Ort, dorthin, wo das Stasiunterlagenmuseum ist, dort, wo das Stasimuseum ist. Das jetzt umzupflanzen, kann man per se erst mal gut und richtig finden, wird aber nach meiner Einschätzung natürlich dem Campus nicht gerade Auftrieb geben, sondern im Gegenteil ist meine Befürchtung, dass Sie damit indirekt dieses Vorhaben ad acta legen.

Vierte Frage: Bisher wird, wie Sie wissen, das Humboldt Forum, was die Berliner Rolle angeht, von der Stiftung Stadtmuseum bespielt, einer Erinnerungsinstitution, einem Museum, das zu Recht die damalige Konzeption und jetzige Ausstellung „BERLIN GLOBAL“ übernommen hat. Jetzt wird diese Aufgabe offenbar den Kulturprojekten übertragen. Ich denke, wir sind alle Fans der Kulturprojekte, Herr van Dülmen rettet Ihnen gerade Silvester, also nichts Böses, was die Kulturprojekte angeht, aber die machen im weitesten Sinne Veranstaltungsmanagement, die machen keine Ausstellungen. Insofern würde mich schon interessieren: Sollen die jetzt hier kuratorisch tätig werden? Übernimmt jetzt die Kulturprojekte die Aufgabe für das Land Berlin, museale Ausstellungen zu gestalten? Das scheint mir zumindest erst mal verwirrend und ein wenig fragwürdig zu sein.

Letzte Frage, Herr Regierender Bürgermeister, ich kann es Ihnen nicht ersparen – ich bin sofort fertig, Herr Vorsitzender –: Man hat mitunter in letzter Zeit den Eindruck, dass es Teilen Ihrer Partei schwerfällt, zwischen öffentlichem und parteipolitischem Interesse zu unterscheiden, auch das mit der Gewaltenteilung noch mal vor sich zu bringen. An dieser Stelle frage ich mich natürlich schon: Sind Sie eigentlich der Meinung, dass es Politik, Regierungspolitik, auch einem Parlament oder Parteien, gut ansteht, Ausstellungen zu bestellen? – Diesen Eindruck muss man gewinnen. Herr Weimer hat sich vor Kurzem ähnlich eingelassen, ist glücklicherweise bei den Bundesinstitutionen gegen die Wand gelaufen, die zu Recht auf ihre Unabhängigkeit und Autonomie öffentlich geförderter Kultureinrichtungen bestehen. Hier entsteht, wie gesagt, zumindest der Eindruck, als würden Sie in diese Unabhängigkeit, in die nicht zuletzt kuratorische Autonomie einer öffentlichen Kulturinstitution, eingreifen. Ich halte das für gefährlich. Umso mehr würde ich mich freuen, wenn Sie diesen womöglich falschen Eindruck hier und heute ausräumen könnten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt geben wir dem Regierenden Bürgermeister das Wort, damit er uns hier die ganzen Themen erläutern kann. – Bitte schön!

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl): Na, schauen wir mal, ob ich das hinbekomme, ob ich alles richtig notiert habe. – Vieles, was Sie gefragt haben, insbesondere das Letzte von Herrn Wesener – das wird Sie jetzt nicht wundern, Herr Wesener –, war nicht Bestandteil der Ost-MPK und wird es übrigens auch nicht sein, ich glaube, vieles, was Sie angesprochen haben. Ich weiß nicht, ob Manuela Schwesig so in den Themen ist, wie Sie das sind. Von daher hat die Ost-MPK eine andere Ausrichtung.

Ich versuche mal, das ein bisschen zu sortieren. Ich fange natürlich bei Ihnen, Herr Vorsitzender, an, und das verbinde ich mit Herrn King. Was ist eigentlich die Erwartung an Berlin? – Ich bin jetzt der Dritte in meiner Amtszeit. Was waren immer die Erwartungen an Vorgänger? – Na klar, dass man Gemeinsamkeiten teilt, damit man zu gemeinsamen Beschlüssen kommt, gemeinsame Interessen hat, auch gegenüber den großen westdeutschen Bundesländern vertritt. Da gibt es insbesondere eins im Süden, das immer eine sehr starke Lobby glaubt zu haben. Deshalb ist es wichtig, dass hier die ostdeutschen Länder gemeinsam an einem Strang ziehen. Aber ganz konkret, Herr Vorsitzender, zu Erwartungen, es freut mich sehr, und die Antwort geht auch ein Stück in deine Richtung, lieber Stefan Häntsch: Es kann sein, dass das mal so gewesen ist, dass viele gesagt haben, von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern: Na ja, die Berliner! – Mein Eindruck ist, dass das nicht mehr der Fall ist, sondern dass viele sagen, die Strahlkraft von Berlin, das, was wir an Berlin haben, können wir auch in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen nutzen, dass der ostdeutsche Raum sich durchaus darin sieht, dass man von Berlin profitieren kann. Wenn ich mit Reiner Haseloff ganz oft spreche, wenn es um Ansiedelungen geht, sagt er auch: Na klar hilft uns Berlin bei der Ansiedelung von internationalen Unternehmen und bei anderen Gesprächen. – Und das gilt auch für die anderen ostdeutschen Länder. Das muss man nicht in einer Arroganz vor sich her tragen, aber immer im Wissen, dass Berlin hier durchaus – ich will es mal so beschreiben – eine dienende Funktion für eine wirtschaftliche Entwicklung in ganz Ostdeutschland haben kann, die wir dringend brauchen.

Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung sieht, dann sieht man schon auch 35 Jahre danach noch deutliche Unterschiede, das ist einfach so. Ich glaube, dass Berlin helfen kann, für ganz Ostdeutschland und dass davon letztlich übrigens auch Berlin profitiert, da muss sich auch keiner etwas vormachen. Von der großen Ansiedelung von Tesla in Brandenburg, um das mal als Beispiel zu nehmen, profitiert auch der Berliner Arbeitsmarkt sehr deutlich. Es muss nicht jede Ansiedelung in Berlin stattfinden, damit Berlin und die Berlinerinnen und Berliner davon profitieren können. So verstehe ich ehrlicherweise auch meine Zusammenarbeit mit Dietmar Woidke, und so sehe ich sie auch als Sprecher oder Vorsitzender der Ostdeutschland-MPK.

Lieber Herr King, das Thema Chemieindustrie bewegt uns tatsächlich alle in Ostdeutschland, das Thema Industrie im Allgemeinen. Auch das Thema Stahlindustrie bewegt viele in den neuen Ländern, in Brandenburg insbesondere auch der Transformationsprozess, der gerade in den Kohlegebieten stattfindet, und vieles mehr, das wird auch die MPK in meiner Zeit beschäftigen. Bei der Haupt-MPK wollen wir das zum Thema machen, wir stehen mittlerweile auch mit der Wirtschaftsministerin im Austausch. Denn ich hätte sie auch ganz gerne dabei, aber ich hätte auch gerne die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften mit dabei. Wir wollen einen Slot einbauen, dass wir hier genau die Antworten finden, die vielleicht auch zur Region passen, passgenau auf Ostdeutschland zutreffen. Denn wir erleben auch hier einen Transformationsprozess bestehender Strukturen, aber vor allen Dingen einen Abwärtstrend und relativ wenige Neuansiedelungen. Das besorgt die Menschen logischerweise, klar, und

genau deswegen müssen wir Antworten geben. Ich habe schon die ersten Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern geführt, die IG Metall wird dabei sein, auch die Chemiegewerkschaft wird dabei sein. Wir schauen, wen wir von den Arbeitgebern dabei haben.

Das meine ich, wenn ich darüber spreche: Wie können wir von dem Sondervermögen ein Stück weit profitieren? Denn ich glaube, es geht ganz oft bei Ansiedelungen um Infrastruktur, logischerweise. Es geht darum: Wie sind die Schienenanbindungen? Wie ist die Erreichbarkeit? Es geht übrigens auch darum: Wie ist die interkontinentale Erreichbarkeit, sprich Flugverbindungen? – Das sind alles Punkte, die ich in dem Zusammenhang setzen will. Wir reden nicht über mehr Konnektivität für den BER, allein damit mehr Menschen in den Urlaub fliegen können, sondern es geht wirklich um eine wirtschaftliche Entwicklung für Ostdeutschland, für die Metropolregion, aber auch für ganz Ostdeutschland. Das werden Punkte sein, die wir ein Stück weit an der Deindustrialisierung in Ostdeutschland festmachen werden, aber auch, wie wir zu neuen Investitionen kommen.

Ein wichtiger Punkt, das hatten wir in der letzten großen Ministerpräsidentenkonferenz, ist natürlich das Thema Sicherheitsindustrie. Damit verrate ich, glaube ich, keine Geheimnisse, dass es hier große Interessen gibt, gerade in Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo viel im Bereich der Sicherheitsindustrie angesiedelt ist, und andere, kleinere Länder sagen: Hey, da ist jetzt ein Riesenpaket der Bundesregierung, da wird unfassbar viel investiert.

Wir müssen schon schauen, dass sich das nicht nur auf ein bis zwei Bundesländer beschränkt, sondern auch hier im Bereich der Ansiedlung von Unternehmen auch die neuen Länder nachhaltig profitieren. Genau das ist es, worum wir kämpfen, also um Industrie und Chemie – da haben Sie recht Herr King –, das wird dabei auch ein Schwerpunkt sein.

Stromsteuer habe ich mir noch aufgeschrieben, da haben wir ja schon einiges, das hat die Bundesregierung schon gemacht. Aber das wird ein großes und wichtiges Thema sein.

Das Thema Wind, lieber Herr King, haben Sie angesprochen und wie Sie es zu Recht vermutet haben, glaube ich, haben wir da eine sehr ähnliche Auffassung. Zu dem, was Sie angesprochen haben, gab es noch keine Beschlüsse, sondern das war erst mal nur eine Besprechung unter den Ministerpräsidenten, wie wir damit umgehen. Ich glaube, Leistungsziele würden uns deutlich mehr bringen, wenn ich das an dieser Stelle mal sagen darf, nicht Flächen, die man für bestimmte Sachen einsetzen muss, sondern: Wie schaffen die Länder die Ziele in allen Bereichen? Ich weiß, das ist ein umstrittenes Thema, ganz sicher auch hier im Ausschuss. Aber ich glaube, wir sollten festlegen, dass die Länder Ziele erreichen müssen, um die Gesamtziele Deutschlands zu erreichen. Wie sie diese Ziele erreichen, ob nun über Solar, wo Berlin viele Potenziale hat, wo wir in den letzten Jahren auch deutlich angewachsen sind oder über Wind, das sollten ein Stück weit auch die Länder entscheiden können. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass die Größenordnung – vielleicht gibt es den einen oder anderen Punkt, vielleicht –, die Berlin im Bereich der Windenergie erbringen muss, in Ballungsräumen, in Großstädten nicht machbar sind. Deswegen sage ich: Wir wollen die Ziele erreichen, aber vielleicht in den Themen, wo Berlin stark ist, wo Berlin noch mehr machen kann, und ich glaube, da ist der Punkt Solarstrom, Solarenergie ein ganz wichtiger, ein ganz entscheidender Punkt. Deswegen würde ich die Leistungsziele da durchaus begrüßen. Weil Sie es angesprochen haben, würde ich das auch mitnehmen am Freitag in mein Mittagessen mit den Kolleginnen und Kollegen Ministerpräsidenten, ob wir das nicht auch zu einem Thema im Rahmen der MPK Ost machen können, wie man vielleicht zu neuen Zielvereinbarungen in diesem Bereich kommen kann, und dies noch mal als Grundlage der Besprechungsunterlagen nehmen, vielleicht kommen wir dann auch zu Beschlüssen.

Frau Kahlefeld, ich glaube, was in Berlin zweifelsohne zur Geschichte gehört, das ist die Freiheitsbewegung, das ist die Demokratiebewegung, die wir Ende der Achtzigerjahre erlebt haben. Ich glaube, das sollten wir gerade in diesen Zeiten, wo immer mehr Menschen in Autokratien leben, wo immer stärker die Demokratie eingeschränkt wird, weltweit – – Wir hatten erst vor Kurzem die BERLIN FREEDOM WEEK, wo viele, und ich glaube, die fanden Sie auch ganz gut in der Zielrichtung, Oppositionelle zusammengekommen sind, um genau für Freiheit und Demokratie einzutreten. Dese Menschen, die keine Freiheit und keine Demokratie haben, die sehen Berlin als Mutfaktor, die sehen Berlin als Chance, was ihnen Hoffnung gibt, und genau deswegen wollen sie auch hier verstärkt weiter in Berlin tagen. Wir haben auch zugesagt, dass wir jedes Jahr, wenn es nach mir geht, so eine FREEDOM WEEK abhalten wollen, wo wir genau diese freiheitsliebenden Menschen nach Berlin holen, um für mehr Demokratie und Freiheit weltweit einzutreten, und da kann Berlin ein Stück weit aufgrund unserer Freiheitsgeschichte auch als Vorbild dienen, so sehen diese Menschen das vor allen Dingen.

Der Campus für Demokratie ist natürlich ein sehr geeigneter, ein sehr genialer Ort, lieber Daniel Wesener, und ich kann Ihnen sagen, dass ich da sehr häufig mit der ehemaligen Kultur-

staatsministerin war, mit Claudia Roth, weil ich unbedingt diese Entwicklung haben wollte und sie inhaltlich auch. Aber da war immer ziemlich klar die Ansage: Kai, das werden wir nicht hinbekommen! Das sind Größenordnungen in der Finanzierung, das werden wir so schnell nicht hinbekommen! Deswegen sage ich mir: Ich will davon keinen Abstand nehmen, weil ich glaube, der Campus für Demokratie ist eine großartige Sache. Zur Wahrheit gehört aber, den werden wir in den nächsten zwei, drei, vier Jahren finanziell nicht geschultert bekommen. Deswegen dürfen wir da keine andere Entwicklung zulassen, sondern Stück für Stück weiter daran arbeiten.

Die Freiheitsausstellung, die dort auch entstanden ist, und die Gespräche, die ich unter anderem auch mit Frank Ebert und anderen hatte, die bietet aber jetzt schon das Potenzial, die können wir jetzt schon schnell entwickeln. Die werden wir aber nicht kurzfristig auf dem Campus der Demokratie zeigen können. Hier vielleicht einen neuen Ansatz zu finden und hier über das Humboldt-Forum zu kommen, und das ist niemals eine Dauerausstellung, niemals für immer, sondern sie dort im Humboldt Forum für einen gewissen Zeitraum unterzubringen, glaube ich, könnte ein starkes Signal sein. Ich weiß, dass sich das das Forum Opposition und Widerstand sehr wünscht, ich weiß, dass Frank Ebert und diese Organisationen da sehr dahinterstehen, und ich glaube, das wäre für Berlin eine große Chance, das wäre aber auch für Deutschland eine große Chance. Genau deshalb ist es nicht, dass ich mich vom Campus für Demokratie verabschiede, ganz im Gegenteil. Aber ich muss so realistisch sein, dass ich sagen kann, in den nächsten fünf bis zehn Jahren wird dort diese Ausstellung nicht gezeigt werden können. Wenn wir dann andere Möglichkeiten finden, wo ich finde, wo sie reinpassen, dann kann man das wunderbar nutzen.

Herr Schulze hat das Thema Infrastruktur noch mal angesprochen und Herr Wesener auch. Ich glaube, ich habe das zu Beginn auch sehr deutlich gemacht. Dieses Sondervermögen sehe ich insbesondere auch in Investitionen in die Schiene. Wir erleben es in Berlin-Brandenburg, die Wachstumsregion, die alle schlecht mit der Schiene angeschlossen sind. Aber wir erleben es auch in ganz Ostdeutschland. Wir müssen mehr über die Schiene kommen. Wir brauchen hier mehr Investitionen, und wenn ich über die Ostbahn spreche, dann heißt es nicht, dass sie von Brandenburg nach Polen fährt, sondern wir werden darüber auch andere Bundesländer, andere Städte erreichen. So stelle ich mir weitere Schienenverbindungen vor. Sie wissen wahrscheinlich, dass ich gemeinsam mit Herrn Klitschko auch eine Vereinbarung unterzeichnet habe, dass wir auch eine direkte Zugverbindung zwischen Berlin und Kiew erreichen wollen. Auch das, glaube ich, wäre noch mal ein starkes Signal, das wir auch im Rahmen dieser Ministerpräsidentenkonferenz Ost ansprechen sollten. Noch mal: Sie hält auch in anderen Ländern, und das ist wichtig.

Das Thema Mieten hat Herr Schulz noch angesprochen, und Herr Vorsitzender, Sie sind auch ein Stück weit darauf eingegangen. Da haben wir das Problem, dass wir sehr unterschiedliche Interessen haben, sehr unterschiedliche Situationen in den Bundesländern. Wir haben die großen Ballungsräume, die großen Städte, wenn ich zum Beispiel an Leipzig oder Berlin denke, wo es das Thema schlechthin ist: Wie können sich die Menschen noch ihre Mieten leisten? Aber es gibt halt in vielen anderen Bereichen in Ostdeutschland Schrumpfungsregionen, wo es viel Leerstand gibt, wo Menschen weggehen, weil sie kaum Perspektiven haben und in der Tat Gebäude abgerissen werden. Das war übrigens schon zu meiner Zeit im Bundestag immer ein Riesenthema, die Interessen von Großstadt, von Metropolregionen, von Stadtregionen und von ländlichen Räumen in Einklang zu bringen, weil es dort total unterschiedliche Lagen gibt,

verschiedener können sie nicht sein. Deswegen das Thema allein in der MPK Ost anzureißen, wie schaffen wir bezahlbare Mieten, da werde ich bestimmte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht von begeistern, weil das nicht ihr Problem ist, das sind unsere Themen, die wir in den großen Städten und Wachstumsregionen ganz stark haben. Dass vielleicht mal gemeinsam zu denken, wie entwickeln wir Schrumpfungsregionen, und wie können wir die Interessen gemeinsam verbinden – da ist viel über Städtebauförderung möglich, aktive Stadtteilzentren, vieles mehr –, das könnte ein Punkt sein, wie man vielleicht die Interessen von Stadt und Land zusammenbringt. Das ist für mich ja schon lange ein Thema, weil ich glaube, wenn man Stadt und Land gegeneinander ausspielt, wäre das grundverkehrt. Die Städte brauchen ländliche Regionen, und die ländlichen Regionen brauchen die Städte, das ist einfach so, und das im Gegeneinander zu sehen, ist immer ein Grundfehler, und ich würde das tatsächlich beim Mittagessen auch noch mal platzieren. Wir müssen auch ein Stück weit aufpassen, weil wir auch nur ein Jahr haben, wo wir den MPK-Ost-Vorsitz leiten. Ich glaube, wenn wir uns auf die wirtschaftliche Entwicklung fokussieren, auf das Thema Industrie, auf die Leuchtturmprojekte durch Sondervermögen, wie bekommen wir das auch schnellstmöglich in die Länder, Wissenschaft, Forschung, wirtschaftliche Ansiedlungen, Stichwort Deindustrialisierung, dann haben wir echt schon eine Menge zu tun. Trotzdem würde ich das beim Mittagessen noch mal ansprechen.

Herr Schatz hat auch noch mal das Thema Flughafen, Schiene angesprochen. Lassen Sie mich das vielleicht mal so formulieren: Ich glaube, wir haben mit dem BER einen gut funktionierenden Flughafen. Es hat lange gedauert, viel zu lange. Das Image des Flughafens ist auch national wie international aufgrund seiner Geschichte nicht nur optimal. Aber ich kann heute feststellen, dass dieser Flughafen gut funktioniert. Ich kann heute feststellen, dass wir bei anderen deutschen Flughäfen teilweise größere Probleme haben als am BER. Das Gute an diesem Flughafen ist, dass wir Optionen haben, wenn es notwendig ist, dass dieser Flughafen auch erweitert werden kann. Das ist gut, dass wir diese Optionen haben. Aber das vordringlichste Problem an diesem Flughafen ist, dass wir mehr Flugzeuge brauchen, dass wir mehr Flugverbindungen brauchen. Dafür kämpfe ich, dafür streite ich, dafür werbe ich, auch mit anderen ostdeutschen Ministerpräsidenten, und da habe ich eine sehr ähnliche, eine sehr gleiche Auffassung wie der Ministerpräsident aus Brandenburg, wie Dietmar Woidke, und genau daran arbeiten wir, dass dieser Flughafen endlich stärker frequentiert ist und dass wir mehr Verbindungen nach Europa, mehr Verbindungen in die Welt haben, und nicht nur als Zubringer für Frankfurt oder München dienen, weil dafür ist der Hauptstadtflughafen nicht gemacht. Wir sind kein Zubringer, sondern wir sind das Tor zur Welt für die Hauptstadtregion, und das muss der Anspruch sein, und dafür ist die erste Aufgabe, mehr Flugzeuge, mehr Fluggesellschaften zu gewinnen.

Zum Thema Schiene habe ich einiges gesagt.

ILA: Die ILA ist seit vielen Jahren eine Leitmesse in Berlin, und sehen Sie es mir nach, das machen die Messe und die Veranstalter, wie die Ausrichtung ist, Herr Schatz. Aber ich sage Ihnen auch ganz klar, was meine Erwartungshaltung ist, die ich sowohl in Richtung Messe als auch in Richtung Veranstalter gesagt habe: Wie schaffen wir es, den Flugverkehr weltweit – es ist ja eine internationale Ausstellung –, nachhaltig zu entwickeln? Wie bekommen wir auch hier im Bereich Klimaschutz neue Treibstoffarten entwickelt? Wie bekommen wir das hin, dass der Flugverkehr umweltschonender wird, um auch mal zu sagen leiser? Da ist die ILA übrigens jetzt schon ein Meilenstein, aber die Entwicklung muss weitergehen, und das ist

auch mein Anspruch, und ich bin mir ganz sicher, das werden wir auch auf der diesjährigen ILA wieder sehen. Aber ein Punkt, für den die ILA auch seit Jahren steht – das muss ich Ihnen auch nicht erzählen – ist das Thema Sicherheit, das ist das Thema Verteidigungsfähigkeit, das ist das Thema Drohnen-, Flugabwehr, vieles mehr, was diese ILA natürlich auch seit Jahren ausgemacht hat und auch weiter ausmachen wird, übrigens angesichts der Lage auch ausmachen muss, ob uns das gefällt oder nicht, ich würde mir auch etwas anderes wünschen. Aber wir sind leider nicht bei Wünsch-dir-was, sondern wir müssen auch hier den Realitäten ins Auge sehen und deswegen hat die ILA auch hier eine wichtige Funktion, einmal für einen zukunftsfähigen, nachhaltigen Flugverkehr, aber auf der anderen Seite eben auch Verteidigungsfähigkeit und Sicherheitsindustrie.

Umfrage zu Olympia: Lassen Sie mich nur einen Satz sagen. Ich höre das immer jetzt mit den Luftschlössern. Ich weiß gar nicht, wo Sie die Luftschlösser in unserem Konzept sehen. Ich habe immer gesagt, die Fehler der vergangenen Olympiabewerbungen dürfen wir nicht wiederholen, und da wurden die Luftschlösser gezeichnet. In unserem Konzept gibt es diese Luftschlösser eben nicht, weil wir sagen: Wir wollen nachhaltige Spiele. Wir wollen keine neue Stadien, neue Tempel, wie vielleicht Sporthallen sind, sondern wir sagen: Wir wollen die bestehende Infrastruktur nutzen, die wir haben, und wir können heute schon 80 Prozent der Spiele in Berlin ausrichten, und wir treten ja an mit Berlin+, also von daher wird es keine Luftschlösser geben. Nun gibt es Umfragen, die unterschiedlich sind, Sie berufen sich auf die aktuelle Civey-Umfrage, schauen Sie sich mal die Umfrage von Infratest dimap an, die im Juni oder Juli stattgefunden hat, wo eine Mehrheit, ja, eine knappe Mehrheit, aber eine Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner für Olympische Spiele sind, auch in Berlin, und von daher warten wir jetzt mal die Entwicklung ab. Wir sind jetzt dabei, wir haben ein Kuratorium gebildet. Hier werden jetzt viele Menschen auch in die Stadtgesellschaft gehen, mit Kritikern, mit Skeptikern auch sprechen. Es wäre nicht Berlin, wenn alle sofort begeistert wären. Das ist nicht nur bei Olympia so, das ist bei jedem anderen Thema auch so, und das macht die Stadt ja auch aus. Das ist auch gut, dass es nicht nur Ja- und nicht nur Nein-Sager gibt, sondern dass Menschen Fragen haben, und jetzt werden wir die Fragen beantworten. Wir werden mit den Menschen in den Diskurs gehen, wir werden die Vorteile beschreiben, die Olympia bringen kann, und ich will noch einmal sagen: Es geht nicht nur um sportliche Wettbewerbe, es geht nicht nur um Sportinfrastruktur, allein das ist schon wichtig genug. Es geht auch um Wachstum. Es geht um Investitionen. Es geht um Infrastruktur. Es geht um nachhaltige Stadtentwicklung, und – ich will das noch mal sagen, weil das ist mir bei dieser Bewerbung ganz besonders wichtig – es geht um Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, und das kann der Sport bewirken. Ich bin davon zutiefst überzeugt, und deswegen brenne ich so für diese olympische Idee und für diese Spiele und für dieses Konzept, und ich glaube, wenn Deutschland Olympia will – und die Bundesregierung hat sich ja dazu bekannt, auch in einem großen Beschluss im Deutschen Bundestag, nicht nur mit den Regierungskoalitionen –, die internationalen Chancen sind für Deutschland eindeutig besser mit Berlin. Das war auch die klare Stimmung beim DOSB, und das ist das, was ich wahrnehme, die Stadt, die international die größte Strahlkraft hat, das ist nicht München, das ist nicht Hamburg und das ist auch nicht Köln, sondern das ist Berlin. Das ist jedem bewusst, und diese internationale Strahlkraft wird mit 40 Prozent bewertet bei der Entscheidung am Ende des Tages, wer die Spiele bekommen soll oder mit wem Deutschland antritt, so muss man es ja formulieren. Von daher, glaube ich, sind die Chancen Berlins da weiterhin sehr gut, und wir wollen jetzt sehen, wie wir auch die Berlinerinnen und Berliner noch stärker davon überzeugen.

Herr Omar, Sie haben die Frage zu GEAS und Oranienburg gestellt. Ich gebe zu, ich war auch über die Berichterstattung verwundert, dass es hier Verhandlungen geben soll. Sie wissen, dass sich der Berliner Senat hier ganz klar fokussiert, das GEAS-Verfahren in Tegel zu etablieren, dazu haben wir auch Beschlüsse, das machen wir auch. Es gab mit Oranienburg zumindest meinerseits nie Verhandlungen, ich kenne diese auch nicht, sondern wir wollen – – Übrigens die Bundesregierung oder der Bund sagt auch sehr klar die Erwartungshaltung, dass jedes Land das selbstständig machen muss, also auch das spricht dagegen, von daher fokussieren wir uns klar auf Tegel, wo wir das GEAS-Verfahren etablieren und umsetzen wollen, und das bekommen wir hin.

Herr Eschricht, ich fand das ganz spannend, Sie haben gesagt Hass und Hetze in Ostdeutschland, und ich hatte das Gefühl, Sie fühlten sich angesprochen, was ich so nie gesagt habe. Also ich finde es interessant, dass Sie sich angesprochen fühlten. Ich will trotzdem an dieser Stelle sagen, weil mich das immer geärgert hat, und ich hoffe, ich habe das nicht gesagt und sollte ich das so gesagt haben oder Sie es so verstanden haben, dann kann ich es jetzt zumindest noch mal korrigieren. Das Thema Hass, Hetze, das Thema, dass Menschen sich von demokratischen Institutionen abwenden, ist kein ostdeutsches Problem. Ich habe mich immer geärgert, wenn nach bestimmten Wahlen in Ostdeutschland oftmals reflexartig Politikerinnen und Politiker gesagt haben, das ist ein ostdeutsches Problem. Das ist kein ostdeutsches Problem, sondern das ist ein gesamtdeutsches Problem, und wenn ich mir Umfrageentwicklungen und Stimmungen anschaue, auch in den alten westdeutschen Ländern, dann sehen wir, dass es ein gesamtdeutsches Problem ist, und deswegen ist es so wichtig, dass wir uns für Demokratie einsetzen, für Zusammenhalt einsetzen und dass wir auch um unsere Demokratie kämpfen, das ist mein Ansatz. Da habe ich eine sehr klare Positionierung, die muss nicht jedem im Raum gefallen, aber das ist auch gut, wenn man an der einen oder anderen Stelle unterschiedliche Haltungen hat. Ich kann Ihnen sagen, Sie haben ja auch das Gutachten angesprochen. Ich habe ein großes Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden, und ich habe ein großes Vertrauen in unseren Verfassungsschutz. Es gibt ein Gutachten, und ich habe ein großes Vertrauen, dass unsere Sicherheitsbehörden, die Innenminister hier jetzt abwägen, das weiter prüfen, und dann werden wir sehen, in welche Entscheidung dieses Gutachten am Ende münzt. Ich kann nur sagen, wenn unsere freiheitlich demokratische Grundordnung infrage gestellt wird, dann sind der Verfassungsschutz und demokratische Parteien allgemein aufgefordert, egal, von wo unsere Demokratie und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung angegriffen wird, zu handeln. Da haben wir klare Regeln, und auf diese Regeln vertraue ich, und diese Regeln werde ich weiter sehr konstruktiv begleiten und bin da sehr gespannt, zu welchen Ergebnissen die Innenminister kommen werden, wenn der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz überprüft wird.

Hauptstadtfinanzierungsvertrag, lieber Herr Wesener, das ist auch ein Thema, was jetzt nicht zwingend Mecklenburg-Vorpommern interessiert, wie Sie sich vorstellen können. Aber beim Hauptstadtfinanzierungsvertrag geht es um noch mehr als um Kultur, lieber Herr Vorsitzender, bei aller Zurückhaltung. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir jetzt – – Der Bundeskanzler hat den Berliner Senat zu seinem Antrittsbesuch beehrt, und ein Schwerpunkt in der Debatte war natürlich auch der Hauptstadtfinanzierungsvertrag. Wie kommen wir hier schnell zu Vereinbarungen? – 2027 muss er neu in Kraft treten. Da findet im kommenden Jahr dann auch noch etwas statt, was jetzt nicht nur hilfreich für die Verhandlungen mit dem Bund ist. Deswegen, glaube ich, müssen wir sehr schnell zu Gemeinsamkeiten finden. Da gab es jetzt einen ersten, wie ich finde, guten Austausch mit dem Bundeskanzler. Ich habe ihm auch einen Brief

geschrieben. Die Verhandlungen werden jetzt aus dem Bundesfinanzministerium begleitet, und wir wollen hier auch relativ schnell zu Terminen kommen. Ich glaube, was wirklich spannend wäre, wenn man sich mal überlegt: Als der Hauptstadtfinanzierungsvertrag beschlossen wurde, 2017, da haben alle die, die damals in der Opposition waren, gesagt: Na ja, das ist eigentlich viel zu wenig. Ich weiß gar nicht, wer damals – – Ist ja auch egal jetzt, es sind ja die Reflexe, und die anderen haben gesagt: Ist ein guter Erfolg. Mal objektiv gesagt, ich glaube, das war wirklich ganz gut damals. Wenn man sich aber die Lage anschaut, wo Berlin zehn Jahre später steht, wie sich die Sicherheitslage in der Stadt verändert hat, womit keiner rechnen konnte, ich mache das niemandem zum Vorwurf, der 2017 den Hauptstadtfinanzierungsvertrag ausgehandelt hat, da konnte keiner damit rechnen, wie die Lage, 2025, 2026, 2027 ist. Also ich habe damit zumindest nicht gerechnet und ich bin mir sicher, keiner hier im Raum. Deswegen weiß ich gar nicht – und das haben wir mit dem Bundeskanzler mal angesprochen –, mal schauen, wie die Ergebnisse am Ende sind, und das gilt übrigens bei der Kultur ganz ähnlich, was ich jetzt sage, Sie werden es auch verstehen, was ich sage: Müssen wir immer nur über neue Geldzuweisungen reden, oder reden wir auch mal über Aufgaben, wer bestimmte Aufgaben erfüllen muss? Das gilt bei der Sicherheit, aber das kann auch in dem einen oder anderen Bereich für eine kulturelle Einrichtung gelten. Ich sehe an Ihrem Lächeln, Sie verstehen das. Viel mehr will ich jetzt dazu nicht sagen, weil wir ja dann irgendwann zeitnah in Verhandlungen sind, aber mein Eindruck ist, dass der Bund das ganz ähnlich sieht. – Ich hoffe, das war es!

Vorsitzender Andreas Otto: Das ist die Frage. – Also neue Redewünsche habe ich hier nicht auf der Liste, sehe jetzt auch keine, dann denke ich, können wir den Punkt vertagen oder abschließen oder wir rufen das dann wieder auf, machen wir gegebenenfalls einen neuen Besprechungspunkt. – Wann hatten Sie gesagt ist diese große Konferenz mit dem Kanzler?

Regierender Bürgermeister Kai Wegner (RBm - Skzl): Im März, 25., 26.

Vorsitzender Andreas Otto: Okay. – Vielleicht nehmen wir uns vor, dass wir dann danach wieder hier so einen Tagesordnungspunkt ansetzen; das würde ich jetzt vorschlagen. – Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 1 auch schon abgearbeitet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD — 0193
Drucksache 19/2312 — BuEuMe
Berlins Städtepartnerschaften weiterentwickeln – für eine Städtepartnerschaft mit Tel Aviv

Hierzu: Es wird um die Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gebeten.

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	0217
Drucksache 19/2695	BuEuMe(f)
Kontrollierte Rahmenbedingungen für	ArbSoz*
Auszubildende aus Nicht-EU-Ländern	BildJugFam*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	0204
Drucksache 19/2402	BuEuMe(f)
Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre	Recht*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	0185
Drucksache 19/2058	BuEuMe(f)
Wohnen muss bezahlbar sein – Berlin braucht einen Mietendeckel	Recht StadtWohn*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke	0214
Drucksache 19/2634	BuEuMe(f)
Damit niemand im Kalten sitzen muss II – Initiative für mehr Transparenz und Kostenkontrolle bei der Fernwärme	WiEnBe*

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.